

Nr. 5725/18

II-1740 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

1993-12-01

## A N F R A G E

der Abgeordneten DDr.Niederwieser, Dr.Müller, Mag.Guggenberger und Genossen  
an den Bundesminister für Inneres  
betreffend Nazi-Treffen in Drosendorf

Der Ausgabe 42/93 der Zeitschrift News war zu entnehmen, daß sich zwischen 15. und 17. Okt. 1993 in Drosendorf im Waldviertel "Europas Nazi-Führer" zu einem "Geheim-Gipfel" getroffen haben sollen. Trotz Einreiseverbots nach Österreich habe sich dort auch ein Herr Günther Deckert von der NPD aufgehalten und sich einschlägig wiederbetätigt. Broschüren über die "Auschwitz-Lüge" seien dort ebenso feilgeboten worden wie haufenweise Hitlerliteratur. Damit die Saat entgegen den Erwartungen der Teilnehmer dieser Tagung nicht aufgeht, hat der Nationalrat u.a. die Bestimmungen des Verbotsgesetzes novelliert. Gesetzliche Bestimmungen bzw. Verbote sind bekanntlich die einz' deren Vollzug die andere, ebenso wichtige Seite.  
Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Inneres die folgende

## A n f r a g e :

1. Ab welchem Zeitpunkt war
  - a) der örtlichen Veranstaltungspolizei und der örtlichen Gendarmerie
  - b) der Niederösterreichischen Sicherheitsdirektion
  - c) der Staatspolizei bzw. der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit
  - d) dem Bundesministerium für Inneres bekannt, daß dieses Treffen stattfindet ?
2. Wenn dieses Treffen erst nach Erscheinen des News-Artikels den Organen der öffentlichen Sicherheit bekannt wurde, welche Erklärung gibt es dafür, zumal Sie in der Vergangenheit immer wieder große Erfolge im Kampf gegen die Ausbreitung neofaschistischer Organisationen verzeichnen konnten ?
3. Liegt Ihnen ein Bericht über dieses Treffen vor ?
4. Ergibt sich aus den bisherigen Erkenntnissen die Notwendigkeit der Einleitung von (Verwaltungs)strafverfahren ?
5. Wurden solche Verfahren eingeleitet ?
6. Haben an diesem Treffen auch Personen aus der österr. Neonaziszene teilgenommen ?
7. Sind die Namen dieser Personen Ihrem Ministerium bekannt ?
8. Wenn ja, welche Bundesländer zählen Personen, die an diesem Treffen teilgenommen haben, zu ihren Landesbürgern ?
9. Ergeben sich aus den bisherigen Erkenntnissen Verbindungen zur FPÖ ?
10. Besteht eine internationale Zusammenarbeit, insbesondere zu deutschen Behörden, auch bei dieser Form der organisierten Kriminalität ?